

Zeitschrift: Baselbieter Heimatblätter
Herausgeber: Gesellschaft für Regionale Kulturgeschichte Baselland
Band: 54 (1989)
Heft: 3: Geschichte 2001 : Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte

Artikel: "Aufmüpfiges Baselbiet" (2. Teil)
Autor: Kurmann, Firdolin / Brassel-Moser, Ruedi / Epple-Gass, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-860005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

“Aufmüpfiges Baselbiet” (2. Teil)

Aufmüpfig war das Baselbiet nicht nur, als es sich von der Stadt Basel trennte. Aufmüpfig waren Baselbieterinnen und Baselbieter immer wieder im Verlaufe der Zeit. Wer sich mit dem Baselbiet und seiner Geschichte beschäftigt, stösst auf zahlreiche Aktionen des Widerstands, deren Inhalte und Zielsetzungen ganz unterschiedlich sein konnten. Unter dem Titel “Aufmüpfiges Baselbiet” bot die Volkshochschule beider Basel im Mai und Juni einen fünftelligen Vortragszyklus. Die Referenten waren - mit einer Ausnahme - Mitarbeiter der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte. Für die Leserinnen und Leser von “Geschichte 2001” fassen sie ihre Vorträge zusammen. In der letzten Ausgabe kamen “Der Bauernkrieg von 1525” und “Die Gegenreformation im Birseck” zur Sprache, in dieser Ausgabe folgen drei weitere Zusammenfassungen.

Der Oberwiler Pfarrwahlstreit von 1835

Im Dorf Oberwil spielte sich Ende 1834 und im Verlaufe

des Jahres 1835 ein blutiger Konflikt um die Besetzung der Pfarrstelle ab. Nach dem plötzlichen Tode des Oberwiler Pfarrers in den letzten Novembertagen 1834 schickte der zuständige Dekan als Verweser seinen Gehilfen Abbé Schmidlin, einen Geistlichen von konservativem, traditionalem Zuschnitt. Während die Mehrheit der Gemeinde überraschend schnell Gefallen an Schmidlin fand, bemühten sich liberale Kreise des Dorfes unter Führung von Landrat Hügin um einen Geistlichen ihrer Denkungsart. Ein befreundeter Pfarrer in Zürich empfahl ihnen seinen Vikar, Abbé Doswald. Dessen Bewerbung und das damit verbundene Ansinnen, im Sonntagsgottesdienst in Oberwil eine Probepredigt zu halten, brachte den Konflikt ein erstes Mal zum Ausbruch: Dem jungen Abbé schlug an jenem 14. Dezember 1834 nicht nur eine Welle der Feindseligkeit entgegen, seine Predigt wurde überdies durch einen vorbereiteten und von den einflussreichen Anhängern Schmidlins gesteuerten Tumult gestört.

In der Folge verschärfte sich der Streit im Dorf zwischen

den beiden Parteien; Schlägereien und sonstige tätliche Auseinandersetzungen waren beinahe an der Tagesordnung. Der Konflikt zog aber auch Kreise über das Dorf hinaus.

Bestärkt durch eine gleichzeitige Pfarrwahlkrise in Allschwil, der ähnliche Probleme wie in Oberwil zugrundelagen, verbreitete sich bald im ganzen Birseck die Forderung nach dem Recht auf freie Pfarrwahl durch die Gemeinden, ein Recht, das für die reformierten Gemeinden des Kantons bereits galt..

Inzwischen ging die Neubesetzung der Oberwiler und der Allschwiler Pfarrstelle gemäss den zwischen der Regierung und dem Bischof von Basel getroffenen Vereinbarungen vonstatten: Die Bewerber mussten sich einer Prüfung unterziehen, und der Bischof entschied sich für die beiden Kandidaten mit den besten Prüfungsergebnissen: Es waren dies der erwähnte Abbé Doswald und Abbé Anaheim, auch er ein Anhänger des liberalen Katholizismus. Anaheim wurde zum Pfarrer von Oberwil ernannt,

Doswald erhielt die Stelle in Allschwil.

Die Einsetzung der Pfarrer zog sich hinaus. Denn aufgrund einer Petition aus dem Birseck hatte sich der Landrat der Angelegenheit angenommen und einer speziellen Birseckischen Kommission ein Mandat - allerdings ein eher diffuses - für neue Verhandlungen mit dem Bischof erteilt. Die Rechtslage wurde nun in verschiedener Hinsicht unklar, und deshalb blieben die Verhandlungen ergebnislos. Im Birseck aber entstanden unbegründete Hoffnungen auf ein Einlenken des Bischofs und der kantonalen Instanzen. Als schliesslich die Regierung den Bischof ultimativ zur öffentlichen Einsetzung der Pfarrer aufforderte, riet dieser, angesichts der gespannten Situation mit einem solchen Schritt zuzuwarten. Die Regierung bestand aber darauf und beschloss, durch den Bezirksverwalter von Arlesheim die öffentliche Einführung der Pfarrer in Oberwil und Allschwil vorzunehmen. Der Bezirksverwalter Kummeler versuchte dies zuerst in Oberwil, wurde aber samt dem neuen Pfarrer mit Gewalt aus dem Dorfe gejagt. Als er im Auftrag der Regierung ein Landjägerkorps von sechs Mann zur Verhaftung der Rädelsführer nach Oberwil schickte, kam es

am 31. Juli 1835 zum offenen Aufstand. Zwei Landjäger wurden totgeschlagen, die andern vier entkamen nur mit knapper Not und zum Teil schwer verletzt dem Tod. Mit einer militärischen Besetzung des Dorfes erwirkte die Regierung schliesslich wieder Ruhe und Ordnung.

Die Revolte der Oberwiler wird gemeinhin als reaktionärer Aufstand des katholischen Traditionalismus gegen die Kräfte des liberalen Fortschritts gewertet. Doch bedarf diese Interpretation einer Differenzierung:

Zwar ging es hier auch um den in der Regeherationszeit virulenten Konflikt zwischen einem traditionellen ultramontanen und einem liberalen, von aufklärerischen Werten geprägten, zudem mehr ortskirchlich orientierten Katholizismus, welchem übrigens wichtige Exponenten des jungen Kantons Baselland, wie etwa Stephan Gutzwiller, zuzuordnen sind. Es zeigte sich dabei aber auch eine wesentliche Schwäche dieser liberalen Bewegung: Sie versuchte einen Fortschritt von oben durchzusetzen und verkannte dabei offensichtlich wesentliche kulturelle Bedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten, welche allzu schnell abergläubischen Kategorien zugeordnet

und damit abqualifiziert wurden.

Die aufmüpfigen Oberwiler, und mit ihnen weite Kreise des Birsecks, stellten die naheliegende Frage, wie es denn nun um den Anspruch auf Volkssouveränität stehe, den der neue Kanton auf seine Fahnen geschrieben habe. Und so fanden sich denn in diesem Konflikte seltsame Bundesgenossen: Da bei der Pfarrwahlangelegenheit das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden zur Debatte stand, nahmen sich ausgerechnet die radikalen Kreise um Emil Frey, welche ansonsten kaum viel für religiöse Fragen übrig hatten, der konservativen und klerikalen Katholiken an. Sie verfochten beispielsweise deren Sache im Landrat, und der wichtigste juristische Berater und Anwalt der renitenten Katholiken war der radikale deutsche Flüchtling Herold. Hingegen geriet die Regierung, deren Kirchenpolitik eigentlich eine verstärkte Kontrolle des Staates über die Kirche anstrebte, in die Situation, die Autorität des Bischofs zu betonen, zuweilen mehr als es diesem lieb war.

Die Tatsache, dass Schmidlin schon wenige Tage nach seinem Eintreffen in Oberwil die grosse Mehrheit der Gemeinde hinter sich scharen konnte, ist

nur auf dem Hintergrund eines bereits bestehenden dorfin-
 ternen Konfliktes zu verstehen.
 Darin bekam Schmidlin offen-
 sichtlich sofort eine bestimmte
 Rolle zugewiesen. Die zwei
 zentralen Honoratiorenfiguren,
 die sich feindlich gegenüber-
 standen, waren der Müller An-
 dreas Hügli und der liberale
 Landrat Peter Hügin. Auf de-
 ren jeweiliges Umfeld hin-
 scheint das Dorf schon weit-
 gehend polarisiert gewesen zu
 sein. Damit war ein Konfliktpo-
 tential angelegt, welches
 wahrscheinlich wesentlich zur
 Vehemenz und zur Verbissen-
 heit, mit denen der Pfarrwahl-
 konflikt im Dorf ausgetragen
 wurde, beigetragen hat.
 Einer eingehenden Untersu-
 chung wert wären die Konflikt-
 formen und Konfliktstrategien
 der dörflichen Gesellschaft,
 welche in dieser Auseinan-
 dersetzung zu Tage treten.
 Wir müssen uns diesbezüglich
 aber mit einigen vorläufigen
 Hinweisen begnügen:

- In allen Phasen des Konflik-
 tes ist - neben brutalen Ein-
 schüchterungsmethoden ge-
 genüber der Minderheit im
 Dorf - eine bemerkenswerte
 Solidarität unter den Aufrühr-
 er/innen festzustellen.
- Eine spezifische Rolle spiel-
 ten die "Knaben", die jungen
 unverheirateten Männer. So
 stellten sie beispielsweise die
 Kommunikation sicher, indem

sie nachts mit Nachrichten
 oder Anweisungen von Haus
 zu Haus liefen. Oft fiel ihnen
 die "Aufgabe" zu, Ausschrei-
 tungen oder Tätlichkeiten zu
 eröffnen.

- Schliesslich ist auffallend
 häufig von Aktivitäten der
 Frauen die Rede. Sie schei-
 nen sich in diesem Konflikt,
 insbesondere auf der Seite
 der Schmidlianer, ausgespro-
 chen heftig engagiert zu ha-
 ben. Beispielsweise ereignete
 sich eine Rauferei zwischen
 Frauen während eines Gottes-
 dienstes, oder es waren Frau-
 en, die am verhängnisvollen
 31. Juli 1835 den Landjägern
 den einzigen Rädelsführer,
 dessen diese hatten habhaft
 werden können, entrissen.
 Der Oberwiler Pfarrwahlstreit
 war also eine recht vielschich-
 tige Angelegenheit, der eine
 vorschnelle Einordnung in die
 Kategorien von Fortschritt und
 Rückständigkeit nicht gerecht
 werden kann. Dies dürfte für
 eine Anzahl weiterer, ähnlich
 gelagerter Auseinander-
 setzungen in der Schweizer-
 geschichte des 19. Jahrhun-
 derts, insbesondere im Umfeld
 der Krise der 1840er Jahre,
 gelten. Eine unbesehene
 Übernahme der Optik jener
 Kräfte, die sich damals
 schliesslich durchsetzten,
 tendiert dazu, solche
 Differenzierungen auszu-
 blenden.

Fridolin Kurmann

"Gschtrickt und gschtreikt"

Am 4. Juni 1945, kurz nach
 Kriegsende, wurde in den
 Spinnereien der Industriege-
 sellschaft für Schappe in Ar-
 lesheim und Angenstein ein
 Streik ausgerufen. Ein unge-
 wöhnliches Ereignis, so er-
 scheint es uns im Rückblick.
 Ungewöhnlich war jedoch we-
 niger, dass gestreikt wurde.
 Zwar handelte es sich um den
 ersten Streik in der Schweiz
 nach der Beendigung des
 Kriegs. Doch es sollte der
 erste Streik einer ganzen
 Streikwelle sein, die bis 1947
 andauerte. Davon spielten
 sich auch mehrere Arbeits-
 kämpfe im Baselbiet ab, so in
 der Spinnerei Ringwald, in der
 Tuchfabrik Schild Liestal oder
 bei Schindler in Pratteln.
 Ungewöhnlich am Schappe-
 streik war in erster Linie, dass
 er von über 400 Frauen ge-
 führt wurde. Die Gründe dafür
 sind in erster Linie in der miss-
 lichen sozialen Lage der Ar-
 beiterinnen zu suchen. Sie
 konnten sich im Frühjahr 1945
 mit ihrem Stundenlohn von
 97,6 Rappen nicht einmal ein
 Kilo Teigwaren kaufen. Für die
 Männer dagegen reichte der
 Stundenverdienst in der
 Schappfabrik ausser für die
 Teigwaren noch für ein Brot
 dazu. Der Kaufkraftverlust
 gegenüber der Vorkriegszeit
 betrug 11 Prozent. Es bestand
 ein sozialer Nachholbedarf,

besonders für jene Arbeiterinnen, die während des Krieges lange Zeiten einer Doppelbelastung in Fabrik und Familie ausgesetzt waren.

Es ging den Schappearbeiterinnen aber nicht nur um mehr Lohn, sondern auch um ihre Rechte im Betrieb und um die Anerkennung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Dies schlug sich auch im Ausgang des Arbeitskampfes nieder. Nach sieben Wochen Ausstand, in denen die Streikenden aus der Gemeinde und aus der ganzen Schweiz finanzielle und moralische Unterstützung erfahren hatten, wurde vor dem Einigungsamt eine Lohnerhöhung von 30 Prozent erreicht. Gleichzeitig akzeptierte die Industriegesellschaft für Schappe in einem Kollektivvertrag die Gewerkschaft offiziell als Vertragspartnerin und als Vertreterin der ArbeitnehmerInnenschaft. Damit war der "Herr-im-Haus-Standpunkt" gebrochen, den die Unternehmer mit einer harten Haltung hatten in die Nachkriegszeit retten wollen. Man schwenkte auch in der Schappeindustrie - wie zuvor in der chemischen Industrie - auf eine gesamtarbeitsvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ein, die in der Folge zur Grundlage der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern wurde.

Der damalige Sekretär des

Gewerkschaftskartells Basel-land meint rückblickend auf den Arlesheimer Schappestreik: "Aber gefreut hat's mich schon, dass die Frauen den Anfang gemacht haben. Mit den Männern haben wir nämlich nichts anfangen können beim Organisieren, zuerst. Die haben alle gesagt, ja, die 'cheibe Wiiber' machen doch nicht mit. Dabei waren es nachher ausgerechnet die Frauen, die alles geleitet haben. Und die haben die Courage gehabt, und die haben es gemacht."

Ruedi Brassel-Moser

"Widerstand und Institutionen"

War es im Verlauf der Trennungswirren, des Oberwiler Pfarrwahlstreits und der Freischarenzüge noch zu gewalttätigen Ausschreitungen von Baselbieterinnen und Baselbietern gekommen, so war bereits die "Demokratische Bewegung" um 1860 eine Widerstandsbewegung, die weitgehend ohne Gewalt auskam. Gleichzeitig setzten die Baselbieter Demokraten aber mit dem Referendum, der Initiative und dem Abberufungsrecht auch institutionelle Veränderungen durch, die dem Widerstand des Volkes gegenüber seinen Behörden weitere Kanäle öffneten.

Widerspruch, Unmut, Kontrolle konnten nun in geregelten Bahnen erfolgen, was sich zum Beispiel am Steuerwiderstand der Baselbieter zeigen lässt: Das Baselbiet hatte von Basel die "Handels-, Gewerbs-, Capitalisten- und Beamtenabgabe" übernommen, doch die Steuermoral war derart schlecht, dass sich der Prüfungsbericht zur Staatsrechnung 1834 bitterlich beklagen musste: "Man weiss nicht, worüber man ungehalten sein soll, ob über die Gewissenlosigkeit der Steuerpflichtigen oder den sträflichen Leichtsinns der Einzüger." Die Prüfer behaupteten "ohne Scheu", die Steuerpflichtigen und Steuereinzüger würden "im Wettstreit darauf ausgehen", den Steuerertrag "auf ein grosses Nichts herabzusetzen".

Diese Steuer brachte schliesslich nur noch wenig ein, so dass ab 1839 darauf verzichtet wurde, sie einzutreiben. War diese Steuer somit noch am passiven Widerstand der Baselbieter gescheitert, so scheiterten künftige Steuererhebungen und -gesetze bereits am Widerstand, der über die Institutionen möglich war. Steuervorlagen hatten lange Zeit nur Chancen, wenn sie zeitlich begrenzt und zweckgebunden waren. Es bedurfte zahlreicher Anläufe

und noch mehrerer Jahrzehnte, bis auch der Kanton Basel-Landschaft 1929 als letzter Stand endlich zu seinem ersten allgemeinen und unbeschränkten Steuergesetz kam. Insgesamt konnten die Baselbieter Stimmbürger (und später auch Stimmbürgerinnen) seit 1874 zu rund 900 Abstimmungsvorlagen Stellung nehmen und dadurch ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Ausdruck bringen. Ein provisorisches Abstimmungsverzeichnis der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte

enthält sämtliche Vorlagen, die der Baselbieter Stimmbürgerschaft in der Zeit von 1874 bis Mitte 1988 zur Abstimmung unterbreitet wurden. Die Liste enthält über 800 Abstimmungen; 352 Vorlagen betrafen eidgenössische, 479 kantonale Vorlagen.

Allerdings bot die direkte Demokratie, wie sie der Kanton Baselland praktizierte, nicht jedem Widerstand kanalisiertem Einfluss. Wie der Schappe-Streik oder die Auseinandersetzung um das Atomkraft-

werk in Kaiseraugst zeigen, gab es Bereiche, für welche die politischen Kanäle oder für die der Kanton nicht zuständig waren. Gewaltlos blieben die Auseinandersetzungen dennoch: Die politische Kultur hatte sich mit dem Ausbau der institutionellen Kanäle des Widerstands verändert. Der Anspruch des Staates auf das "Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit" hatte sich im politischen Bereich vollends durchgesetzt.

Ruedi Epple-Gass

**Geschichte 2001 -
Mitteilungen der
Forschungsstelle
Baselbieter Geschichte**

**Dezember 1989
Nr.3**

Erscheint sporadisch als
Beilage zu den
Baselbieter
Heimatblättern.

**Redaktion:
Forschungsstelle
Baselbieter Geschichte
Goldbrunnenstr. 14
4410 Liestal**

061/9256101

Beilage zu Nr. 4/89 "Baselbieter Heimatblätter"